

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellenrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellenrgd.ch)

Zürich, 13. Mai 2025

**Dossier Nr. 10942, «Live-Ticker» zum Thema «Nahostkonflikt» im Zeitraum vom 11. – 13. April 2025**

Sehr geehrte Frau X

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 13. April 2025, worin Sie die folgende Beanstandung eingereicht haben:

*Mit diesem Schreiben reiche ich eine formelle Beschwerde zur redaktionellen Gestaltung des Live-Tickers zum Nahostkonflikt auf Ihrer Plattform im Zeitraum vom 11. Bis 13. April 2025 ein, welche durchaus exemplarisch für die Berichterstattung des Live-Tickers seit dem 7. Oktober 2023 (sowie der gesamten Berichterstattung des SRF) ist. Die Berichterstattung weist in mehreren systematischen Aspekten einen deutlichen Pro-Israel-Bias auf, der nach meiner Auffassung nicht den Anforderungen an ausgewogene, quellenkritische und unparteiische journalistische Berichterstattung entspricht, wie sie etwa im Pressekodex bzw. in den redaktionellen Richtlinien zur Konfliktberichterstattung vorgesehen sind, und gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 RTVG verstösst.*

*Im Folgenden sind meine Kritikpunkte detaillierter und anhand von Textbeispielen erläutert:*

*1. Fehlende Einordnung israelischer Regierungs- und Militärangaben als Parteisicht  
Die Aussagen der israelischen Armee und Regierung werden regelmässig unkommentiert oder als objektiv dargestellt, obwohl sie klar parteiische Akteure in einem laufenden Konfliktgeschehen sind. Formulierungen wie:*

*„Israels Armee teilte mit, es seien Terrorzellen und Waffenlager angegriffen worden.“  
werden ohne Distanz oder Kontext wiedergegeben. Die Bezeichnung „Terrorzelle“ wird  
übernommen, ohne zu kennzeichnen, dass es sich um eine interessengeleitete Behauptung  
einer Konfliktpartei handelt.*

## *2. Sprachliche Verharmlosung von Angriffen auf zivile Infrastruktur*

*Angriffe des israelischen Militärs auf zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser werden  
sprachlich abgeschwächt oder passiv dargestellt:*

*„...nachdem israelische Raketen in ein Krankenhaus in Gaza eingeschlagen waren.“*

*Hier fehlt nicht nur der klare Hinweis, dass es sich um einen Angriff der israelischen Armee  
handelt, sondern auch jede Form der Einordnung aus völkerrechtlicher Sicht. Die implizite  
Entlastung durch Formulierungen wie „es wurde gewarnt“ verstärkt den Eindruck einer  
legitimen oder unausweichlichen militärischen Massnahme.*

## *3. Asymmetrische Darstellung von Opfern und Betroffenen*

*Während die israelische Zivilbevölkerung (etwa in Zusammenhang mit Geiseln) durch  
Namen, Bilder und emotionale Narrative individualisiert und humanisiert wird, erscheinen  
palästinensische Opfer anonym und oft ohne visuelle oder narrative Tiefe:*

- *Beispiel: Fotos und Beschreibungen von Seder-Mahl-Gedenkaktionen in Tel Aviv*
- *Im Kontrast: „Sieben Menschen kamen ums Leben“ – ohne Namen, Fotos oder Kontext*  
*Diese emotionale Asymmetrie erzeugt eine unausgewogene Darstellung des Leidens beider  
Seiten.*

## *4. Einseitige Zuschreibung ideologischer Attribute*

*Der Ticker verwendet (ideologische und möglicherweise rassistische) Etikettierungen in  
selektiver Weise:*

- *„pro-iranische Huthi-Miliz“ – obwohl andere Akteure, z. B. die israelische Regierung, die  
ebenfalls über geopolitische Allianzen und politische Ideologien verfügen, nicht in ähnlicher  
Weise gekennzeichnet werden.*
- *„islamistische Hamas“ – ein Begriff, der nicht nur simplifiziert ist, vor allem aber wertend  
und reduzierend wirkt, solange gleichzeitig nicht von einer „rechtsextremen“ israelischen  
Regierung gesprochen wird. Die Einseitigkeit dieser Zuschreibungen verstärkt ein Gefühl  
ideologischer Überlegenheit und delegitimiert selektiv eine Seite.*
- *„nach einem Bericht des katarischen Senders Al-Dschasira“ – hier wird impliziert, dass der  
Bericht mit Vorsicht zu geniessen sei, da es sich um ein Medienunternehmen aus Katar  
handelt.*

*Diese selektive Attribuierung verstösst gegen das Prinzip der sprachlichen Gleichbehandlung  
beider Konfliktparteien und impliziert ein Glaubwürdigkeitsproblem hinsichtlich eines  
arabischen Medienportals.*

## *5. Ungleichgewicht bei der Quellenkritik*

*Angaben des israelischen Militärs werden regelmässig ohne Einschränkungen oder  
Konjunktiv wiedergegeben. Dagegen erscheinen palästinensische, zivilgesellschaftliche oder  
internationale Quellen oft in relativierenden Formulierungen:*

- *„palästinensischen Angaben zufolge“*
- *„hiess es aus medizinischen Kreisen“*

*Diese rhetorische Asymmetrie impliziert Glaubwürdigkeit für die eine Seite und Zweifel für die andere – ungeachtet der tatsächlichen Nachprüfbarkeit. Es wird bei Darstellungen der israelischen Armee bzw. Regierung systematisch unterlassen, zu erwähnen, dass es sich um Behauptungen (einer Konfliktpartei) handelt, die ausserdem oft keine Beweisgrundlage haben und/oder nicht überprüft werden können.*

#### *6. Unkritische Übernahme militärischer Terminologie*

*Begriffe wie „Sicherheitszone“, „Militäreinsatz“ oder „Kampfgebiet“ werden übernommen, ohne deren propagandistische oder euphemistische Funktion zu reflektieren. Wenn etwa das israelische Militär von einer „Sicherheitszone“ in Rafah spricht, wird dieser Begriff wiedergegeben, ohne zu erwähnen, dass damit de facto eine Vertreibung und Besetzung einhergeht, was international stark kritisiert wird. Mit dem unkommentierten Zitat von der «freiwilligen Ausreise», welche effektiv eine ethnische Säuberung darstellt, wird aber jede rote Linie einer neutralen Berichterstattung überschritten.*

#### *7. Gleichsetzung und „Bothsidesism“ trotz ungleicher Verantwortlichkeiten*

*Es wird der Eindruck erweckt, beide Seiten trügen gleiche Verantwortung für das Scheitern der Waffenruhe, obwohl dokumentierte Quellen (z. B. UNO, Amnesty) eine klare einseitige Verantwortung benennen.*

*„...nachdem beide Seiten sich nicht auf eine Fortsetzung der Waffenruhe einigen konnten.“ Diese Formulierungen vernebeln die Faktenlage und tragen zu einer verharmlosenden Gleichsetzung bei.*

#### *8. Strukturelle Dominanz der israelischen Perspektive*

*Die meisten Ticker-Einträge basieren auf Angaben des israelischen Militärs oder Regierungsstellen. Stimmen der palästinensischer Zivilgesellschaft, kritischer israelischer Bürger:innen, medizinischer NGOs oder internationaler Menschenrechtsorganisationen erscheinen selten, spät oder am Rand. Angaben der anderen Konfliktpartei, nämlich Hamas, erscheinen überhaupt nicht.*

#### *Fazit:*

*Die genannten Punkte deuten auf einen systematischen Pro-Israel-Bias in der redaktionellen Struktur des Tickers hin. Auch wenn einzelne kritische Stimmen zitiert werden, ist die Gesamtdarstellung einseitig und parteiisch – nicht durch Meinungsäusserung, sondern durch Sprachwahl, Quellengewichtung und Kontextsetzung.*

*Ich bitte Sie als Ombudsstelle daher um:*

- Prüfung der beanstandeten Textstellen,*
- eine Stellungnahme zu den journalistischen Kriterien, die für den Ticker gelten,*
- und um eine redaktionelle Korrektur oder Ergänzung im Sinne ausgewogener Berichterstattung - vor allem auch in der zukünftigen Berichterstattung.*

*Die vollständigen dokumentierten Auszüge und meine Randbemerkungen zu den betreffenden Ticker-Abschnitten, auf denen diese Beschwerde basiert, kann ich Ihnen auf Wunsch gerne zukommen lassen.»*

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Besten Dank für die Rückmeldung und für die Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Unsere Online-Redaktion betreibt – nebst einem umfassenden News-Angebot auf der eigens dafür eingerichteten Landingpage <https://www.srf.ch/news/international/nahost-konflikt> – seit dem 7. Oktober 2023 auch einen Nahost-Newsticker, um unsere Userinnen und User rund um die Uhr auf dem Laufenden zu halten. Ziel des Tickers ist es, das Geschehen in aller Kürze zu dokumentieren. Dieser Ticker wird von unserem Publikum sehr geschätzt. Er ist ein wichtiges Format, um die Entwicklungen beim Thema Nahost, das die Bevölkerung in der Schweiz stark beschäftigt, zeitnah und breit abzudecken. Fest steht: Es liegt in der Natur der Sache, dass in Kriegssituationen die Faktenlage oft undurchsichtig ist und dass beide Seiten aktiv Propaganda betreiben. Daher muss jedes einzelne Wort sorgfältig abgewogen werden, gleichzeitig ist der Zeitdruck hoch.

Umso mehr achten wir darauf, dass Quellen offengelegt werden, dass immer wieder betont wird, was gesichert ist und was nicht und dass unsere Fachexpert:innen bedeutsame Geschehnisse schnellstmöglich – meist in separaten, umfassenderen Artikeln – einschätzen und einordnen. Wir nehmen diese Aufgabe sehr ernst.

Klar ist auch: Newsticker richten sich an ein Publikum, das in der Regel mit einer Thematik bereits einigermassen vertraut ist und die Berichterstattung darüber regelmässig verfolgt. Die Ticker-Meldungen liefern jeweils lediglich die neuesten Elemente dazu. Und das (formatbedingt) in sehr knapper Form. Im Grunde sind Newsticker eine Abfolge von Meldungen von renommierten Nachrichtenagenturen. Es würde den Rahmen solcher Kurzmeldungen sprengen, jeweils im Einzelfall auch immer den Kontext und eine Einordnung zu liefern. Das entspräche weder der Aufgabe von Newstickern noch der Erwartung an diese. Die Zusammenhänge liefern wir hingegen selbstverständlich in hintergründigeren Beiträgen und Newsanalysen. Das zeigt unsere gesamte Berichterstattung zum Nahost-Konflikt auf der Landingpage. Ausserdem ergibt sich ebenfalls ein grösseres Gesamtbild, wenn man einen Newsticker zu einem Thema über längere Zeit, über mehrere Stunden oder gar Tage und Wochen verfolgt. Ein Grossteil unserer Userinnen und User macht genau das. Wie erwähnt, legen wir ein ganz besonderes Augenmerk darauf, Quellen transparent und eindeutig auszuweisen. Im von der Beanstanderin angeführten Beispiel «Israels Armee teilte mit, es seien Terrorzellen und Waffenlager angegriffen worden» zeigt sich dies exemplarisch. Durch die Formulierung «Israels Armee teilte mit» und den anschliessenden Konjunktiv ist für die User:innen unmissverständlich klar, dass es sich dabei um ein Zitat Israels handelt. Diese journalistische Praxis gilt für die Wiedergabe der Aussagen **beider** Kriegsparteien. Wir schlagen uns nicht auf eine Seite, sondern geben unserem Publikum alle notwendigen Informationen mit, damit es sich seine eigene Meinung bilden kann. Das ist unser Auftrag.

Die Beanstanderin wirft uns auch vor, wir würden «Etikettierungen selektiv verwenden» und macht dies zum Beispiel an der Formulierung «islamistische Hamas» fest, die sie als «wertend und reduzierend» empfindet, solange Israels Regierung nicht durchgehend als «rechtsextrem» beschrieben werde. Diese Argumentation weisen wir zurück. «Islamistisch» bezeichnet eine Form des Extremismus, die sich auf den Islam beruft und auf die

Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zielt, indem der Islam als Grundlage für Gesellschaft und Politik gefordert wird. Dies ist bei der Hamas zweifellos der Fall. Für die Hamas ist Palästina ein islamischer «waqf» – ein Land, das für Musliminnen und Muslime reserviert ist und von ihnen bis zum Ende der Zeit bewohnt werden muss. Die Hamas bestreitet daher auch das Existenzrecht Israels.

[Der Bundesrat hat am 30. April 2025 beschlossen](#), das Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen per 15. Mai 2025 in Kraft zu setzen. Das sind Tatsachen und es ist auch logisch, dass wir diese so benennen. Gleichzeitig begleiten wir die israelische Regierung, die Positionen ihrer Mitglieder und das israelische Vorgehen in Gaza – wie beispielsweise die Bombardierungen und den Stopp der Hilfslieferungen – durchwegs kritisch und journalistisch differenziert. Wir haben in unserer Berichterstattung mehrfach klar gemacht, dass die aktuelle israelische Regierung von Benjamin Netanjahu als die am weitesten rechtsstehende, ja in Teilen rechtsextreme und religiöseste Regierung ist, die Israel je hatte. Auch dazu liefern wir in all unseren Kanälen vielfältige Inhalte.

Abschliessend weisen wir gerne darauf hin, dass die Unabhängige Beschwerdeinstanz UBI erst kürzlich im Rahmen einer Popularbeschwerde unsere Nahost-Berichterstattung über einen mehrmonatigen Zeitraum beurteilt und die «gute Arbeit» von SRF explizit gelobt hat. Beim Krieg im Nahen Osten handle es sich auch um einen Informationskrieg. [Die SRF-Berichterstattung sei nicht einseitig, sondern ausgewogen und verletzte das Vielfaltsgebot nicht](#). Die Beschwerde wurde einstimmig abgewiesen (8:0).

Aus den genannten Gründen weisen wir den Vorwurf eines systematischen Pro-Israel-Bias in der redaktionellen Struktur des Tickers in aller Klarheit zurück. Unsere Berichterstattung ist weder einseitig noch parteiisch, weder in der Wahl der Sprache noch in der Quellen-gewichtung und Kontextsetzung. Wir bitten Sie daher, die Beschwerde abzulehnen.

Die **Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

**1.**

Gemäss Art. 91 Abs. 3 lit. a des Radio- und Fernsehgesetzes beurteilen die Ombudsstellen Beanstandungen gegen veröffentlichte, von der Redaktion gestaltete Beiträge im übrigen publizistischen Angebot wegen Verletzung von Art. 5a RTVG. Diese haben die Mindestanforderungen an den Programminhalt gemäss Art. 4 RTVG einzuhalten. Redaktionelle Beiträge mit Informationsgehalt müssen namentlich Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann (Art. 4 Abs. 2 RTVG).

Beanstandungen, die das übrige publizistische Angebot betreffen, sind zu dokumentieren, und in einer kurzen Begründung ist anzugeben, in welcher Hinsicht die Publikation inhaltlich mangelhaft sein soll (Art. 92 Abs. 5 RTVG). Eine Beanstandung kann sich nur dann gegen mehrere von der Redaktion gestaltete Beiträge im übrigen publizistischen Angebot der SRG richten, wenn diese Beiträge im selben Wahl- oder Abstimmungsdossier publiziert wurden (Art. 92 Abs. 4 RTVG).

## 2.

Die Beanstanderin kritisiert nicht eine bestimmte Sendung oder einen konkreten Beitrag im übrigen publizistischen Angebot der SRG, sondern macht in genereller Weise geltend, die Beiträge im Live-Ticker zum Thema Nahost in der Zeit vom 11. – 13. April 2025 seien nicht sachgerecht.

Derartige sog. Zeitraumbeanstandungen zu mehreren Sendungen oder Beiträgen sind zwar im Rahmen von Art. 92 Abs. 3 RTVG grundsätzlich zulässig, nach dem Gesagten bezüglich des übrigen publizistischen Angebots jedoch nur, wenn diese Beiträge im selben Wahl- oder Abstimmungsossier publiziert wurden (Art. 92 Abs. 4 RTVG).

Obwohl somit in formeller Hinsicht keine zulässige «Zeitraumbeanstandung» im Sinne von Art. 92 Abs. 3 RTVG vorliegt, nimmt die Ombudsstelle dennoch zu den Ausführungen der Beanstanderin Stellung.

## 3.

### a.

Der Live-Ticker zum Thema Nahost weist für die Zeit vom 11. – 13. April 2025 die folgenden Einträge auf:

- 13.04.25, 18:35 Uhr

*Israel: Raketenalarm in Tel Aviv – Rakete aus Jemen abgefeuert  
In Tel Aviv und in weiten Teilen Zentralisraels ist am frühen Abend Raketenalarm ausgelöst worden. Ein israelischer Militärsprecher teilte mit, nach den bisherigen Erkenntnissen sei eine Rakete aus dem Jemen abgefeuert und vermutlich erfolgreich abgefangen worden. Angaben zu Sachschaden oder Verletzten gab es zunächst nicht.*

*Die proiranische Huthi-Miliz im Jemen feuert regelmässig Raketen auf Israel ab.*

- 13.04.25, 18:28 Uhr

*Britischer Aussenminister: Bedauerliche Angriffe müssen aufhören  
Der britische Aussenminister, David Lammy, verurteilte die israelischen Angriffe auf medizinische Einrichtungen in Gaza, nachdem israelische Raketen am Sonntag in ein Krankenhaus in Gaza eingeschlagen waren. «Israels Angriffe auf medizinische Einrichtungen haben den Zugang zur medizinischen Versorgung in Gaza umfassend verschlechtert», sagte Lammy in einem kurzen Beitrag in den sozialen Medien.*

*Das Al-Ahli Krankenhaus sei seit Beginn des Konflikts wiederholt angegriffen worden. «Diese bedauernswerten Angriffe müssen aufhören. Diplomatie, nicht mehr Blutvergiessen, ist der Weg, wie wir einen dauerhaften Frieden erreichen können.»*

- 13.04.25, 17:17 Uhr

*Israels Luftwaffe greift über 90 Ziele im Gazastreifen an  
Die israelische Luftwaffe hat nach Angaben eines Militärsprechers in den vergangenen 48 Stunden mehr als 90 Ziele im Gazastreifen angegriffen.*

*Attackiert wurden Waffenlager, Terrorzellen und Anlagen, von denen am Samstag Geschosse in Richtung Israel abgefeuert worden waren, hiess es.*

*In der Nacht zu Sonntag sei ausserdem ein Kommando- und Kontrollzentrum der Hamas angegriffen worden. Im Norden des Gazastreifens seien mehrere Terroristen getötet worden, die versucht hätten, einen Sprengsatz im Boden zu platzieren. Auch die Bodenoffensive im Gebiet von Rafah und dem sogenannten Morag-Korridor im Süden des Gazastreifens wurde den Angaben zufolge fortgesetzt.*

*Am Sonntagnachmittag warnte die Armee erneut die Einwohner von Chan Yunis im Süden des Küstenstreifens vor einem bevorstehenden Angriff und forderte sie auf, sich in Schutzräume zu begeben. Es werde mit extremer Gewalt gegen alle Ziele vorgegangen, von denen aus Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert wurden.*

- *13.04.25, 09:45 Uhr*

*Gaza: Sieben Tote bei israelischem Luftangriff auf Auto*  
*Bei einem israelischen Luftangriff auf ein Auto im Zentrum des Gazastreifens hat es palästinensischen Angaben zufolge mehrere Tote gegeben. Sieben Menschen seien in Deir al-Balah ums Leben gekommen, hiess es aus medizinischen Kreisen in dem Küstengebiet. Angaben zur Identität der Opfer wurden keine gemacht. Israels Armee teilte auf Anfrage mit, dem Bericht nachgehen zu wollen.*

- *13.04.25, 09:19 Uhr*

*Israel greift Spital in Nord-Gaza an*  
*Die israelische Armee hat nach einem Bericht des katarischen Senders Al-Dschasira das Al-Ali-Spital im Norden von Gaza-Stadt angegriffen. Das auch als Baptistenkrankenhaus bekannte Gesundheitszentrum war das letzte noch funktionierende Spital in Gaza-Stadt. Im Zuge des Beschusses seien in mehreren Abteilungen Brände ausgebrochen, berichtete das Spitalpersonal.*

*Vor dem Angriff habe es eine Warnung durch die israelische Armee gegeben: Man habe 20 Minuten Zeit, um das Spital zu räumen.*

*Die israelische Seite bestätigte den Angriff und teilte mit, Ziel sei eine Kommandozentrale der Hamas in dem Spital gewesen. Mitglieder der Islamistenorganisationen hätten von dort Anschläge ausgeführt und geplant, die auch israelische Zivilisten gegolten hätten. Einzelheiten dazu nannte das israelische Militär nicht.*

- *13.04.25, 00:16 Uhr*

*Israels Armee meldet erneuten Beschuss aus Gaza*  
*Israel ist nach Angaben der Armee erneut aus dem umkämpften Gazastreifen beschossen worden. Die Luftwaffe habe das Geschoss im eigenen Luftraum abgefangen, teilte die Armee mit. Verletzte habe es nicht gegeben.*

*Israels Truppen sind dabei, in Gaza-Stadt im Norden des Küstenstreifens die sogenannte «Sicherheitszone» weiter auszubauen, wie ein Armeesprecher zuvor bekannt gab.*

- 12.04.25, 21:12 Uhr

*Hunderte erinnern beim Pessach-Fest an Geiseln der Hamas  
Mehrere hundert Menschen haben während des jüdischen Pessach-Festes in der israelischen Grossstadt Tel Aviv an das Schicksal der Geiseln in Gefangenschaft der Hamas erinnert.*

*Unter freiem Himmel bei einem sogenannten Seder-Mahl hielten einige an ihrem Tisch symbolisch einen leeren Stuhl frei, andere stellten Tische und Stühle mit Bildern der Geiseln auf.*

*Mit am Tisch, obwohl er nicht da ist: Angehörige einer Geisel stellen ein Bild auf für das Pessach-Fest.*

*Das zeremonielle Seder-Mahl mit festgelegten Mahlzeiten ist Teil von Pessach, einem der höchsten jüdischen Feste. Es erinnert an die in der Bibel beschriebene Gefangenschaft des Volkes Israel und seine Befreiung aus der Sklaverei.*

- 12.04.25, 18:42 Uhr

*Rund 2500 Personen an Pro-Palästina-Demo in Lausanne und Genf  
Rund 2500 Personen sind am Samstagnachmittag in Lausanne und Genf für die Befreiung von in Israel inhaftierten Palästinenserinnen und Palästinensern auf die Strasse gegangen. Sie kritisierten auch den Krieg in Gaza und Angriffe im Westjordanland.*

*In Genf beteiligten sich nach Schätzungen der Nachrichtenagentur SDA etwa 2000 Personen an der Kundgebung. Die Polizei ging von 1700 Personen aus. In Lausanne nahmen rund 500 Menschen an der Kundgebung teil.*

*Aufgerufen zu den Demonstrationen in der Westschweiz hatte die israelkritische Bewegung «Boykott, Desinvestition und Sanktionen» (BDS) im Hinblick auf den kommenden Donnerstag, 14. April. An diesem Datum ist der internationale Tag der Solidarität mit palästinensischen Gefangenen.*

- 12.04.25, 15:27 Uhr

*Israel verstärkt militärischen Druck auf Hamas im Gazastreifen  
Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz hat eine Ausweitung des Militäreinsatzes im Gazastreifen angekündigt. Die seit Samstag umzingelte Stadt Rafah im Süden des Gazastreifens sei nun Teil einer israelischen Sicherheitszone, schrieb Katz in einer an die Bevölkerung im Gazastreifen gerichteten Stellungnahme.*

*Das israelische Militär werde seinen Einsatz bald auf weitere Teile des Gazastreifens ausweiten, so Katz weiter. Die Bevölkerung werde die Kampfgebiete verlassen müssen.*

*Für ein Ende des Krieges müssten die Hamas beseitigt und alle israelischen Geiseln freigelassen werden, betonte der Minister. Zugleich stellte er freiwillige Ausreisen in andere Länder entsprechend den Gaza-Plänen von US-Präsident Donald Trump in Aussicht. Israel arbeite daran, dies zu ermöglichen.*

- 12.04.25, 12:37 Uhr

*Israelisches Militär: Rafah vollständig umzingelt*

*Das israelische Militär hat nach Angaben eines Sprechers die Stadt Rafah im Süden des Gazastreifens vollständig umzingelt. Die Gebiete von Rafah und Chan Yunis seien voneinander abgeschnitten, hiess es am Samstag. Nach israelischen Militärangaben wurden im Rahmen des eineinhalbwöchigen Einsatzes Dutzende Hamas-Kämpfer getötet und Tunnel der Organisation zerstört.*

*Mit der Eroberung des sogenannten Morag-Korridors sind die Städte Rafah und Chan Yunis im Süden voneinander getrennt. Zusammen mit dem weiter nördlich gelegenen Netzarim-Korridor entsteht so faktisch eine Dreiteilung des Gazastreifens. Verteidigungsminister Israel Katz sprach von eroberten Gebieten, die als israelische «Sicherheitszonen» dienen sollen.*

- 12.04.25, 05:14 Uhr

*Iranisches Atomprogramm: USA und Iran zu Gesprächen in Oman*

*Die USA und der Iran wollen weiter über das iranische Atomprogramm sprechen. US-Sonderbeauftragter Steve Witkoff und Irans Aussenminister Abbas Araghchi werden heute zum Auftakt der Gespräche in Oman erwartet.*

*Während die iranische Seite bisher stets von einem indirekten Treffen sprach, bekräftigte das Weisse Haus am Freitagabend, dass die Gespräche in Oman direkt stattfinden würden. Die USA haben Kompromissbereitschaft signalisiert. Der Iran dürfe nur nicht in der Lage sein, eine Atombombe zu bauen, das sei die «rote Linie», sagte Witkoff dem «Wall Street Journal». Die US-Zeitung zitierte Witkoff mit den Worten, die USA würden mit der Forderung nach einer Demontage des iranischen Atomprogramms in den Dialog treten.*

*Der Iran betont, sein Atomprogramm nur für zivile Zwecke zu nutzen. Westliche Regierungen derweil befürchten den Bau einer Atombombe.*

*Donald Trump kündigt Gespräche mit Iran zum Atomprogramm an*

- 11.04.25, 18:24 Uhr

*Kriegsschäden in Libanons Agrarsektor über 700 Millionen Dollar*

*Ein Bericht der UNO und libanesischer Behörden beziffert die Schäden und Verluste im libanesischen Agrarsektor durch den jüngsten Konflikt zwischen der Hisbollah und Israel auf über 700 Millionen Dollar. Ein Waffenstillstand am 27. November beendete über ein Jahr der Feindseligkeiten, die mehr als eine Million Menschen vertrieben und weite Teile des Landes verwüstet hatten.*

*«Die am stärksten betroffenen Regionen sind der Süden des Libanon und die Bekaa-Ebene. Alle landwirtschaftlichen Produktionszweige sind betroffen: Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur», stellt die FAO fest.*

*REUTERS/AZIZ TAHER*

*Besonders betroffen sind der Süden Libanons und die Bekaa-Ebene, wo israelische Bombardements Ernten zerstörten und Bauern zur Flucht zwangen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO schätzt die Schäden auf 118 Millionen Dollar und die Verluste auf 586 Millionen Dollar. Olivenhaine und Pinienwälder sind stark betroffen. Der Wiederaufbau*

erfordert 263 Millionen Dollar, um die landwirtschaftliche Produktion wiederzubeleben.

- 11.04.25, 18:18 Uhr

*Kritik an Israels Aktionen in Gaza von Pizzaballa und Erdogan*

*Der lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, kritisierte die Lage in Gaza als «dramatisch, katastrophal und beschämend». Er betonte, dass die Würde der 2.3 Millionen Einwohner nicht geachtet wird und nicht alle mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden können.*

*Pizzaballa hebt hervor, dass es schwierig sei, die Zukunft Gazas vorherzusagen, da nur wenige vor Ort sind und genau wissen, was passiert.*

*Gleichzeitig verurteilt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Israels «Barbarei», nachdem zehn Mitglieder einer Familie, darunter sieben Kinder, bei einem nächtlichen Angriff in Chan Yunis getötet wurden. Erdogan fragte: «Wenn das keine Barbarei ist, was dann?» Beide Stimmen mahnen zur Achtung der Menschenwürde und fordern ein Ende der Gewalt.*

- 11.04.25, 15:02 Uhr

*Ägypten, Indonesien und Saudi-Arabien verurteilen Gaza-Blockade*

*Aussenminister aus Ägypten, Saudi-Arabien und Indonesien haben Israels Blockade der Lieferungen von Hilfsgütern in den Gazastreifen erneut scharf kritisiert. «Die Einfuhr von Hilfsgütern nach Gaza darf nicht an einen Waffenstillstand geknüpft sein. Wir fordern Druck auf Israel, damit die Hilfe die Zivilbevölkerung in Gaza erreicht», sagte der saudische Aussenminister Faisal bin Farhan am Rande des Antalya Diplomacy Forums in der Türkei. Die Minister warnten auch vor einer Zwangsvertreibung der Palästinenser.*

*Ägyptens Aussenminister Badr Abdel-Atti sagte, gemeinsam mit Katar bemühe man sich zudem um eine Vereinbarung zur Freilassung der verbliebenen Geiseln im Gazastreifen.*

- 11.04.25, 13:37 Uhr

*UNO: Israels Aktionen gefährden Leben in Gaza*

*Das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte warnt, dass Israels Aktionen in Gaza die «zukünftige Lebensfähigkeit der Palästinenser» bedrohen. Sprecherin Ravina Shamdasani äusserte Besorgnis über Tod, Zerstörung und Vertreibung in Gaza. Zwischen dem 18. März und 9. April 2025 gab es 224 israelische Angriffe auf Wohngebäude und Zelte, wobei viele Opfer Frauen und Kinder seien, so Shamdasani.*

*Trotz israelischer Evakuierungsbefehle wurden Zelte in Al-Mawasi weiterhin angegriffen. Das Hochkommissariat kritisiert die Evakuierungsbefehle als mögliche dauerhafte Vertreibung, was einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkäme. Die sechs Wochen andauernde Blockade und die Bedingungen für humanitäre Hilfe könnten als kollektive Bestrafung angesehen werden.*

- 11.04.25, 13:18 Uhr

*Netanjahu verspricht Rückkehr der Geiseln aus Gaza  
Israels Premierminister Benjamin Netanjahu hat sein Engagement bekräftigt, die Geiseln aus der Gaza-Region zurückzubringen. In einer Pessach-Botschaft erinnerte er an die leeren Stühle vieler Familien und versprach, gemeinsam die Geiseln zu befreien und die Feinde zu besiegen.*

*Donald Trump berichtete von Fortschritten in den Verhandlungen zur Geiselbefreiung. Medien berichten, dass Ägypten und Israel Dokumente zu einem Waffenstillstand und Geiselaustausch austauschten.*

*Ein ägyptischer Vorschlag sieht die Rückkehr von acht lebenden Geiseln und acht Leichen im Austausch gegen eine 40- bis 70-tägige Waffenruhe und die Freilassung vieler palästinensischer Gefangener vor. 58 Geiseln sind noch in Gaza, 34 davon tot, so die israelische Armee.*

02:17

*Krieg in Nahost: Israel weitet Bodenoffensive in Gaza aus*

- 11.04.25, 12:50 Uhr

*Laut UNRWA Hunderttausende Vertriebene seit Gaza-Waffenruhe-Ende  
Seit der Wiederaufnahme der Kämpfe im Gazastreifen vor mehr als drei Wochen sind dort UNO-Angaben zufolge wieder etliche Menschen geflohen.  
«Schätzungsweise fast 400'000 Menschen sind nach dem Scheitern der Waffenruhe in Gaza vertrieben worden», teilte das Palästinenserhilfswerk UNRWA mit.*

*Insgesamt leben im dicht besiedelten Gazastreifen mehr als zwei Millionen Menschen. Israel Armee ruft regelmässig Menschen dazu auf, Gebiete in dem Küstengebiet zu verlassen, in denen sie gegen die islamistische Hamas vorgehen will. Seit Beginn des Krieges wurden UNO-Angaben zufolge rund 90 Prozent der Bewohner des Gazastreifens vertrieben, viele mehrfach.*

*Seit mehr als einem Monat lässt Israel zudem keine lebenswichtigen humanitären Hilfsgüter mehr in den abgeriegelten Küstenstreifen, um Druck auf die Hamas auszuüben.*

- 11.04.25, 10:01 Uhr

*Zehn Menschen bei Angriff in Chan Yunis laut Wafa getötet  
Bei einem israelischen Luftangriff auf ein Haus in der Stadt Chan Yunis im Süden des Gazastreifens hat es einem Bericht zufolge zehn Tote gegeben. Bei den Opfern handelt es sich um Mitglieder einer Familie, wie die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa meldete. Sieben Kinder sind unter den zehn Personen im Alter von 3 bis 58 Jahren, die bei dem Luftangriff getötet wurden. Israels Armee teilte auf Anfrage mit, dem Bericht nachzugehen.*

*Laut Wafa gab es auch zwei Tote sowie Verletzte bei einem israelischen Angriff auf eine Gruppe von Menschen in Beit Lahia im Norden des Gazastreifens. Die palästinensische Nachrichtenagentur meldete zudem weitere Angriffe in dem Küstengebiet ohne Angaben zu Opfern.*

*Israels Militär forderte derweil Bewohner mehrerer östlich gelegener Viertel der Stadt Gaza zur Flucht auf. Die Armee will dort eigenen Angaben zufolge «terroristische Infrastruktur» zerstören. Beide Angaben konnten nicht unabhängig überprüft werden.*

*Der ursprüngliche Eintrag ist um 1:33 Uhr mit Angaben zu den Opfern ergänzt worden.*

- *11.04.25, 07:01 Uhr*

*Iran erwägt laut Bericht Interim-Atomabkommen mit den USA  
Der Iran könnte bei den anstehenden Gesprächen mit den USA über sein Atomprogramm laut einem Medienbericht die Möglichkeit eines Interim-Abkommens ausloten.*

*Teheran erwäge, dies bei dem bilateralen Treffen am Samstag in Oman vorzuschlagen, um Zeit für Verhandlungen über ein umfassendes Abkommen zu gewinnen. Dies berichtete die US-Nachrichtenseite «Axios» unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten europäischen Diplomaten und eine weitere Quelle, die mit dem Thema vertraut sei.*

*US-Präsident Donald Trump hat dem Iran mit einem militärischen Angriff gedroht, falls Teheran einem neuen Abkommen zur Begrenzung seines Atomprogramms nicht zustimmen sollte.*

*Trump hatte in einem Brief an Irans obersten Führer Ali Chamenei Medienberichten zufolge einen zweimonatigen Zeitrahmen für Verhandlungen festgesetzt. Die iranische Führung halte eine Einigung innerhalb von zwei Monaten für unrealistisch, zitierte «Axios» seine Quellen.*

**b.**

Die Ombudsstelle hatte sich seit dem 7. Oktober 2023 immer wieder mit Beanstandungen zur Berichterstattung von SRF zum Nahostkonflikt zu befassen. Sie gelangte dabei zum Schluss, dass SRF differenziert über den Konflikt berichtet und gesamthaft keine einseitige Berichterstattung festzustellen war. Beanstandungen waren zuweilen dann gerechtfertigt, wenn in Einzelfällen – vor allem auch bei Texten im News-Ticker – unkorrekte Formulierungen oder Titelseetzungen verwendet wurden. Auch diesbezüglich war jedoch keine Einseitigkeit festzustellen. Wichtig ist dabei der Hinweis, dass beim Thema «Nahost» stets davon ausgegangen werden darf, dass das Publikum Vorkenntnisse über die Geschehnisse der letzten Monate und Jahre hat und somit im Rahmen der aktuellen Berichterstattung, namentlich auch im Live-Ticker, nicht jedes Mal das ganze Umfeld von neuem beleuchtet werden muss. Vielmehr ist das Publikum durchaus in der Lage, die jeweils vermeldeten Vorfälle in eine Gesamtsicht einzuordnen.

Im Übrigen verweist die Ombudsstelle auf ihre Ausführungen zum Thema Nahost in ihren Jahresberichten für 2023 und 2024:

[https://www.srgd.ch/media/cabinet/2024/04/OMB\\_Jahresbericht\\_2023.pdf](https://www.srgd.ch/media/cabinet/2024/04/OMB_Jahresbericht_2023.pdf)

[https://www.srgd.ch/media/cabinet/2025/04/Jahresbericht\\_OMB\\_2024.pdf](https://www.srgd.ch/media/cabinet/2025/04/Jahresbericht_OMB_2024.pdf)

## C.

Auch im von der Beanstanderin angesprochenen Zeitraum vom 11. – 13. April 2025 vermag die Ombudsstelle keine einseitige Berichterstattung Pro Israel zu erkennen. Zu den einzelnen Kritikpunkten äussert sie sich wie folgt:

### *1. Fehlende Einordnung israelischer Regierungs- und Militärangaben als Parteisicht*

Dass Israel Kriegspartei ist und deshalb Verlautbarungen der Armee oder von Regierungsstellen parteiisch sind und mit der erforderlichen Vorsicht zu bewerten sind, ist offensichtlich. Mit dem Hinweis auf die Urheberschaft einer Meldung wird deren Parteilichkeit gerade zum Ausdruck gebracht. Jeweils zusätzlich noch darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Angaben israelischer Amtsstellen nicht um neutrale Stellungnahmen handelt, ist weder sinnvoll noch notwendig.

### *2. Sprachliche Verharmlosung von Angriffen auf zivile Infrastruktur*

Wenn davon gesprochen wird, dass israelische Raketen einschlagen, handelt es sich offenkundig um einen israelischen Angriff. Auch wurde in der Berichterstattung der letzten eineinhalb Jahre immer wieder das Thema der Völkerrechtswidrigkeit israelischer Angriffe thematisiert.

### *3. Asymmetrische Darstellung von Opfern und Betroffenen*

Auch diese Kritik ist nicht berechtigt. Seit Beginn des Gaza-Krieges wurden zahllose Bilder und Reportagen der hungernden und Not leidenden Bevölkerung in Gaza gezeigt. Bei der Ombudsstelle gingen denn auch im vergangenen Jahr mehrere Beanstandungen ein, welche diesbezüglich eine einseitige Berichterstattung zum Nachteil Israels geltend machten, da das Leid der palästinensischen Bevölkerung übersteigert dargestellt worden sei. Auch wurden mehrere Radioreportagen der SRF-Korrespondentin ausgestrahlt, in welchen Palästinenserinnen und Palästinenser interviewt und mit Namen vorgestellt wurden. Auch im angesprochenen Zeitraum vermag die Ombudsstelle in dieser Hinsicht keine einseitige Berichterstattung zu erkennen.

### *4. Einseitige Zuschreibung ideologischer Attribute*

Die von der Beanstanderin kritisierten Attribute entsprechen den in den Medien zur Charakterisierung der beteiligten Parteien ganz allgemein verwendeten Begriffe:

- Dass die Huthi vom Iran unterstützt werden und sie deshalb im Zusammenhang mit dem Gaza-Konflikt eine besondere Rolle spielen, ist allgemein bekannt und wird auch in zahlreichen anderen Medien standardmässig erwähnt.
- Die Hamas gilt als «islamistisch», so wie dieser Begriff in den Medien verwendet wird. Im Übrigen weist auch die Ombudsstelle auf das per Mitte Mai 2025 in der Schweiz in Kraft tretende Verbot der Hamas hin.
- Die Berichterstattung von SRF erwähnt immer wieder die rechtsextremen Mitglieder in der israelischen Regierung, namentlich auch wenn es um deren extreme Aussagen bezüglich der palästinensischen Bevölkerung geht.

- Dass bei einem Sender auf dessen Herkunft bzw. geografische Verankerung hingewiesen wird, ist nichts Aussergewöhnliches. Dies erfolgt auch bei anderen ausländischen Medien, soweit deren Ursprungsland nicht als bekannt vorausgesetzt werden kann.

#### *5. Ungleichgewicht bei der Quellenkritik*

Diese Kritik ist nicht zutreffend. Die Herkunft von nicht verifizierten bzw. verifizierbaren Meldungen wird beidseitig bekanntgeben. Die behauptete Einseitigkeit ist nicht erkennbar.

#### *6. Unkritische Übernahme militärischer Terminologie*

Auch diese Kritik erachtet die Ombudsstelle für nicht berechtigt. Immer wieder wird auf völkerrechtlich fragwürdige Aktionen der israelischen Armee und auf zwangsweise Umsiedlungen und Vertreibungen hingewiesen. Es kann diesbezüglich auf mehrere Eintragungen im News-Ticker vom 11. April 2025 verwiesen werden.

#### *7. Gleichsetzung und „Bothsidesism“ trotz ungleicher Verantwortlichkeiten*

Es fehlen diesbezüglich konkrete Belege für eine einseitige Berichterstattung. Dass gerade in dieser Frage die Verantwortlichkeiten zuweilen schwierig zuzuweisen sind, liegt im Übrigen in der Natur der Sache.

#### *8. Strukturelle Dominanz der israelischen Perspektive*

Dass auf einem News-Ticker zu kriegerischen Ereignissen Meldungen über militärische Aktionen im Vordergrund stehen, ist nicht zu vermeiden. SRF übernimmt diesbezüglich aus naheliegenden Gründen oft die Meldungen internationaler Presseagenturen. Dass mit Vorbedacht greifbare Verlautbarungen der palästinensischen Seite verschwiegen würden, ist nicht belegt. Dass in einem News-Ticker mit aktuellen Meldungen oft keine Hintergrundinformationen und Reportagen aus der Zivilgesellschaft erscheinen, ist eine Folge des Formats dieser Berichterstattung. SRF berichtet jedoch regelmässig in seinen Audio- und Video-Sendungen über die unterschiedlichen Ansichten in der israelischen Zivilgesellschaft, und auch palästinensische Stimmen kommen immer wieder zu Wort.

Zusammenfassend hält die Ombudsstelle fest, dass die im Rahmen der seit mehr als eineinhalb Jahren dauernden intensiven Beobachtung der Berichterstattung von SRF über den Nahost-Konflikt gefestigte Wahrnehmung einer ausgewogenen Berichterstattung auch durch die Veröffentlichungen im Live-Ticker in der Zeit vom 11. – 13. April 2025 nicht infrage gestellt wird.

**Auch für diesen Zeitraum stellt die Ombudsstelle keinen Verstoss gegen das Gebot der Sachgerechtigkeit gemäss Art. 4 Abs. 2 RTVG fest.**

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz